

Dresdner Nachrichten

Siegründet 1856

Bezugs-Gebühr in Dresden u. Berlin bei Halbjährlicher Entsendung monatl. 4,50 Mk., vierteljährlich 13,20 Mk., durch d. Post bei dgl. zweimal monatl. 4,00 Mk., vierteljährlich 12 Mk. Die 11seitige 77 mm breite Seite 2 Mk. Auf Familienanzeigen, Anzeigen unter Wochen- u. Wochensamstag, 11seitige An- und Verkäufe 25%, Tagespreise laut Text. Unentgeltliche Beiträge gegen Vorauszahlung. Einzelnummer 20 Pf.

Schreibweise und Satzgeschwindigkeit: Marktsatz 25/40.

Druck u. Verlag von Neumann, Neudamm in Dresden. Postfach-Nr. 10 205 Leipzig.

Verleger: Neumann, Neudamm. Druck: Neumann, Neudamm. Postfach-Nr. 10 205 Leipzig.

Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unentgeltliche Schriftstücke werden nicht angenommen.

Haarfärbemittel farbenschön, haltbar Parfümerie Paul Schwarzlose

garantiert giftfrei Dresden A. Schönbstr. 13

Das noch ungelöste Rätsel.

Wirtschaftsparlamente.

Die abwartende Haltung der Demokraten.

Berlin, 10. Juni. Die in Berlin amwesenden Parlamentarier der Demokratischen Partei verammelten sich heute früh im Abgeordnetenhaus, um die Möglichkeiten der neuen Koalitionsbildung zu besprechen. Auch in demokratischen Kreisen rechnet man damit, daß ein Volksparlament mit der Neubildung des Kabinetts betraut wird. Die Frage, ob die demokratische Reichstagsfraktion einer Regierungskoalition beitreten kann, in der beide Rechtsparteien oder die Deutsche Volkspartei sitzen, ist noch völlig ungelöst. Die Demokraten dürften sich abweichend verhalten und die Dinge an sich herantreiben lassen. Nach dem „Vokalana“ ist die Darstellung gewisser linksdemokratischer Blätter, nach der die Demokraten den Eintritt in eine solche Koalition gänzlich ablehnen würden, unzutreffend. Natürlich ließe sich, bevor nicht alle Reichstagsabgeordneten und der Parteivorstand zu der Frage endgültig Stellung genommen, kein klares Bild über die Stellung der Demokraten gewinnen. Aber von demokratischer Seite werde zugegeben, daß ein Kompromiß zwischen den Rechtsparteien und der Demokratie denkbar wäre dahingehend, daß den Demokraten gewisse Zugeständnisse gemacht würden und daß sie dann bei der Stellung des Vertrauensvotums mit Ja stimmen oder sich der Abstimmung enthalten würden. Diese Möglichkeit werde auch von einem linksdemokratischen Abgeordneten zugegeben. Die Mitglieder des rechten Flügels dürften noch weiter gehen und selbst einem Eintritt der Demokraten in eine bürgerliche Koalition nicht abgeneigt sein. Eine Koalition von Stresemann bis Scheidemann werde für unmöglich gehalten, da kaum eine Grundlage zu finden sein dürfte, auf der sich die Sozialdemokraten und die Volkspartei finden könnten. Die einzige Möglichkeit für ein parlamentarisches Ministerium wäre also ein rein bürgerliches Kabinett mit Einfluß oder Einverständnis der Demokraten. Heute nachmittag trat übrigens der Vorstand der Demokratischen Partei in Berlin zusammen.

Die Stellungnahme der Gewerkschaften.

Berlin, 10. Juni. Eine gestern stattgefundene Vorstandssitzung der Generalkommission der Gewerkschaften beschloß, jede Stellungnahme zur augenblicklichen Lage auszusetzen, bis die Sitzung der sozialdemokratischen Fraktion (Sonntag) stattgefunden hat. Aus führenden Kreisen der Gewerkschaftskommission wird erklärt, daß ein Eintritt der Partei in die Regierung gemeinsam mit der Deutschen Volkspartei als völlig ausgeschlossen gelten müsse. Selbst wenn man das Interesse der Republik über das Partei-Interesse stellen würde, wäre ein Zusammenarbeiten mit der Rechten unmöglich, da die Führer der Deutschen Volkspartei gar nicht in der Lage wären, sich dem sozialdemokratischen Programm genügend zu nähern, ohne zu riskieren, daß ihre Anhänger ihr die Gefolgschaft verweigern. In Kreisen der Generalkommission liebt man die Lage als sehr kritisch an und weiß noch nicht, welcher Ausweg möglich sein könnte. — Der preussische Ministerpräsident a. D. Paul Hirsch erklärt sich in der „Neuen Westfälischen“ in schärfster Weise gegen ein Zusammengehen der Sozialdemokratie mit der Stresemann-Gruppe. Er könne sich nicht denken, daß Sozialdemokraten mit Leuten in einer Regierung sitzen würden, die sich noch vor wenigen Monaten offen für Stupp und seinen Anhang ausgesprochen hätten.

Die Unabhängigen vor der Entscheidung.

Berlin, 10. Juni. Wie die „Dena“ aus unabhängigen Kreisen erfährt, haben die Unabhängigen den Reichsanwalt Müller vertraulich wissen lassen, daß sie ein eventuelles Angebot zum Eintritt ins Kabinett nicht vor Ende der Woche beantworten können. Die Frage sei für die unabhängige Partei von solcher Wichtigkeit, daß man darüber zunächst die sämtlichen neugewählten Abgeordneten hören müsse. Da diese aber erst bis Ende der Woche in Berlin erwartet werden könnten, bestehe keine Aussicht, eher eine Antwort zu erteilen. Da andererseits von Seiten der Reichsregierung an die anderen Parteien keine Aufforderung zum Eintritt in das Kabinett ergehen wird, ehe nicht die Unabhängigen sich geäußert haben, so wird die jetzige Regierungskrise zum mindesten bis zum Anfang nächster Woche sich hinziehen.

Graf Westarp gewählt.

Berlin, 10. Juni. Im Wahlkreis Potsdam II ist nach dem bisherigen Ergebnis Graf Westarp, der Führer der alten konservativen Reichstagsfraktion, gewählt worden.

Das Ausland zu den Wahlen.

Amsterdam, 10. Juni. „Daily News“ schreibt zum Ergebnis der deutschen Reichstagswahlen: Wenn die Alliierten in Spa in mögliche Forderungen stellen, wie man sie täglich aus Frankreich hört, so wird jede deutsche Regierung, die nichts als dieses Wahlergebnis hinter sich hat, binnen einem Tage verschwinden. — „Westminster Gazette“ schreibt: Die Beziehungen zwischen den Alliierten und Deutschland werden bald schwieriger denn je sein. Das Bedürfnis nach echter weißlicherer Staatskunst wird noch größer sein als zuvor. (S. T. B.)

Lloyd George über die deutschen Wahlen.

Nottingham, 10. Juni. Wie aus London gemeldet wird, sagte Lloyd George in einer Rede, es sei die Aufgabe der christlichen Kirchen, eine Atmosphäre zu schaffen, in der Reformen möglich und die Verewigung des Schlimmen unmöglich sei. Die große Verwirrung und das große Aufeinanderprallen der Meinungsgegensätze läßt den guten Willen in jedem Lande. Die deutschen Wahlen zeigten ein verwirrtes Volk, das in Parteien gespalten sei, die einen hoffnungslosen Kampf gegen einander führen ohne klare Ziele und ohne daß es eine Stimme gäbe, die alles überbrücke. Bis jetzt, sagte er, haben wir eine Katastrophe in dem Lande vermieden, aber die ganze Welt ist erschüttert, und die Kirchen allein können die Menschen vor der Katastrophe behüten, die folgen wird, wenn diese Anarchie sich weiter verbreitet. (S. T. B.)

Zur Verlegung von Spa.

Paris, 10. Juni. Zur neuerlichen Verwicklung der europäischen politischen Lage durch den Rücktritt des neuen italienischen Kabinetts und durch die in Deutschland durch die Wahlen herbeigeführte Regierungsänderung bemerkt eine spanische Meldung: Angesichts dieser Ausichten fragt man sich in amtlichen alliierten Kreisen, ob das italienische und das deutsche Kabinett so rechtzeitig gebildet werden würden, daß sie sich noch vor Spa den Parlamenten vorstellen könnten. Andernfalls müßte die Konferenz von Spa von neuem verlagert werden. Die internationale Finanzkonferenz in Brüssel zwischen den Neutralen der Alliierten, der Deutschen und der Neutralen kann vielleicht stattfinden, ohne daß man das Ergebnis der Konferenz in Spa abwarten braucht. Sie würde dann die Aufgabe haben, Maßnahmen zur Herstellung des wirtschaftlichen Gleichgewichts in Europa zu treffen, vor allem durch eine internationale Anleihe. (S. T. B.)

Ein internationales Frauenstimmrechts-Bureau.

Genf, 10. Juni. Der internationale Frauenstimmrechtskongress genehmigte einen Antrag auf Errichtung eines unabhängigen Bureau, das, wie das vom Roten Kreuz, vom Völkerbund unabhängig sein soll und sich ausschließlich mit Frauenfragen befassen soll. Der Kongress nahm ferner einen Antrag an, wonach der internationale Frauenstimmrechtsbund die Verletzung der Frauen aller Nationalitäten erstrebt.

Es soll nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten regiert werden: diese Forderung hat die Deutsche Volkspartei als eine wesentliche Vorbedingung ihrer Anteilnahme an der Regierung aufgestellt. Ein solches Verlangen ist von Grund aus berechtigt und von seiner Erfüllung hängt letzten Endes die Möglichkeit unseres Wiederaufstimmungsüberhaupt ab; denn darüber ist kein Zweifel zulässig, daß eine Fortsetzung der jetzigen Methode, wonach die schwerwiegendsten wirtschaftlichen und sozialen Angelegenheiten und Eingriffe in den staatlichen Organismus mit parteipolitischen Interessen verquillt und so unter die Herrschaft der engherzigsten Beweggründe gestellt werden, früher oder später unfehlbar unsere völlige nationale Entfristung herbeiführen und die letzten Keime früherer Lebensstärke in unserem Volke zur Verflüchtung bringen muß. Soweit also in deutschen Landen überhaupt noch der gute Wille zum Wiederaufbau vorhanden ist, werden alle einflussreichen Kreise ohne Unterschied der Parteirichtung die Forderung nach einer sachlichen wirtschaftlichen Regierungsmethode in Erkenntnis ihrer unbedingten Notwendigkeit gutheißen. Sobald aber die praktische Durchführung in Frage steht, türmt sich alsbald eine Mauer von Hemmnissen auf wegen der unüberwindlichen Schwierigkeit der Aufgabe, aus den jetzt bestehenden völlig politisierten Parlamenten sachlich und sachlich arbeitende Körperschaften zu machen und ihnen den Vorkurs der parteipolitischen Beschränktheit und des rücksichtslosen, die Gesamtwohlfahrt der Nation zerrüttenden Partei-Egoismus abzugreifen. Unter dem alten Regime waren die Schädlichkeiten, die durch die Politisierung der wirtschaftlichen Fragen hervorgerufen wurden, im allgemeinen nicht so tiefgreifend wie unter den gegenwärtigen Verhältnissen, weil damals noch im Reich der Bundesrat als Träger der Souveränität der deutschen Fürsten und freien Städte eine überragende Stellung innehatte und gleichzeitig in den Einzelstaaten erste Kammern vorhanden waren, die kraft ihrer besonderen Zusammensetzung ein hartes Beharrungselement darstellten und bei deren Verhandlungen die rein sachlichen Gesichtspunkte allzeit nachdrückliche Berücksichtigung fanden. Nachdem nun aber die neue demokratische parlamentarische Ordnung den Reichsrat auf dem Niveau eines einfachen „Staatenhauses“ ohne Souveränität und mit erheblich verminderten verfassungsmäßigen Rechten herabgedrückt und durchgängig in den Gliedstaaten das reine Einkammersystem eingeführt hat, ist das Uebel schlimmer als je geworden und dementsprechend auch die Dringlichkeit der Frage, wie sich eine Verbesserung erzielen läßt, bedeutend gestiegen. In welchem Maße das der Fall ist, ergibt sich in besonders schlagender Weise aus der Tatsache, daß selbst die mehrheitlich sozialistischen Väter des preussischen Verfassungsentwurfes den Glauben an die alleinseligmachende Kraft des Einkammersystems verloren und die Schaffung eines „Finanzrates“ in Aussicht genommen haben, dessen Zustimmung eingeholt werden soll, wenn der Landtag Ausgaben beschließen will, die über den von der Regierung vorgeschlagenen Betrag hinausgehen, sowie wenn es sich um Steuern, Anleihen oder solche Ausgaben handelt, für die noch keine Deckung vorhanden ist. Der Finanzrat soll sich der Hauptfrage nach aus hervorragenden Fachmännern zusammensetzen, wie z. B. den Präsidenten der Oberrechnungskammer, der Zentral-Berufsstellenkommission und der Preussischen Staatsbank. Beauftragt der Finanzrat ein Finanzgesetz oder sonst einen Beschluß von finanzieller Tragweite, so unterliegt die Sache der erneuten Beschlußfassung des Landtages, der dann nur durch das Beharren auf seinem Standpunkt mit Zweidrittelmehrheit das Veto des Finanzrates unwirksam machen kann. Diese staatsrechtliche Einrichtung, durch die eine Sicherung gegen unerlöste Bewilligungen der Volkammer geschaffen werden soll, bedeutet eine unmissverständliche Abkehr von dem Einkammersystem, in dem die Demokratie theoretisch ihr Ideal erblickt, das aber seine gewaltigen Unzulänglichkeiten in der Praxis mit jedem Tage mehr in die Erscheinung treten läßt.

Von der Schaffung einer besonderen Sicherung gegen die Reizung der politischen Parlamente zur Wiederverwendung aus Parteirücksichten bis zur Herstellung allgemeiner Bürgerpflichten zur Gewährleistung einer sachlichen Behandlung wirtschaftlicher Vorlagen überhaupt ist dann nur noch ein Schritt. Es gilt, Wirtschaftsparlamente ins Leben zu rufen, in denen der Politiker keine Stätte hat, sondern die lediglich aus Vertretern der Erwerbsstände gebildet und in denen alle wirtschaftlichen, finanziellen und sozialen Fragen und Gesehenswerte einer gründlichen sachlichen Beleuchtung und Durchscheidung unterzogen werden. Jeder Entwurf wird zuerst keiner besonderen Gruppe vorgelegt; wenn er sich auf die Landwirtschaft bezieht, den landwirtschaftlichen Vertretern, wenn er das medizinische Gebiet berührt, den Vertretern der Ärzteschaft usw. Von der besonderen Berufsgruppe auf gelangt dann der Entwurf an das Plenum, das nach Anhörung des Gruppenberichterstatters die Entscheidung trifft. Die Beschlässe der Vollerfassung des Wirtschaftsparlamentes, denen wegen ihrer ausgeprägten sachlichen Grundlage eine hervorragende natürliche Autorität innewohnt, müssen vor der Gesetzgebung geschützt werden, daß irgendeine Zufallsmehrheit des politischen Parlaments sie jederzeit außer Kraft setzen kann. Es wird daher eine Sicherung

Die Bedingungen der Deutschen Volkspartei.

Berlin, 10. Juni. Die „Voss. Ztg.“ schreibt: Nach den bisher vorliegenden Mitteilungen scheint sich die Deutsche Volkspartei keiner Kombination, in die sie einbezogen werden soll, entgegen zu stellen, andererseits aber auch nicht den Ehrgeiz zu haben, unter allen Umständen an der Regierung teilzunehmen. So will sie, wie verlautet, insbesondere einem Kabinett der bisherigen Koalition keine Schwierigkeiten machen. Ein solches Kabinett könnte auf eine lokale Opposition, vielleicht sogar auf eine parlamentarische Unterstützung durch die Deutsche Volkspartei unter der Voraussetzung rechnen, daß gewisse Bedingungen erfüllt werden. Im Vordergrund dieser Bedingungen steht insbesondere die Verleihung eines Reichswirtschaftsrats, der die vorläufigen Reichswirtschaftsräte in den Kreisen der Deutschen Volkspartei herrscht die Überzeugung, daß die Verantwortung für die schwierigen wirtschaftlichen Maßnahmen, die in nächster Zeit nicht tragen kann und daß die parlamentarische Unterstützung der eingehenden sachverständigen Prüfung sowohl der Arbeitnehmer als auch der Arbeitgeber unterworfen werden müsse. Von einer andererseits gut unterrichteten Seite wird der „Voss. Ztg.“ ferner mitgeteilt, daß die Deutsche Volkspartei auch noch Gewicht darauf legen wird, daß das Reichswirtschaftsministerium unter keinen Umständen wieder lediglich nach parteipolitischen Gesichtspunkten besetzt werden dürfen.

Berlin, 10. Juni. Der geschäftsführende Ausschuss der Deutschen Volkspartei tritt am Mittwoch vormittag zu einer Aussprache über die politische Lage zusammen.

Ein Vorschlag der Bayerischen Volkspartei.

München, 10. Juni. Der „Bayerische Kurier“, das führende Blatt der Bayerischen Volkspartei, schlägt eine Koalition aus Reichssozialisten, Demokraten und Zentrum mit Einfluß der Bayerischen Volkspartei, also der Föderalisten, vor. Das ergäbe eine Mehrheit von 248 Stimmen und sei zahlenmäßig die stärkste aller Kombinationen. Die Deutsche Volkspartei müsse sich wieder zur wohlwollenden Neutralität, wenn nicht zu gelegentlicher Unterstützung verpflichten. Das erscheine als die einzige denkbare äußerliche Möglichkeit einer parlamentarischen Regierungsbildung. Die Bayerische Volkspartei werde so das Ängstein an der Wage sein. Der Vorsitzende der Bayerischen Volkspartei, Landesfinanzamtspräsident Speck, erklärte in einer Verlesung in Ansbach: Wenn Erzberger wieder in das Zentrum eintritt, dann ist an ein Zusammengehen mit diesem auf absehbare Zeit nicht zu denken. Gemeint ist die Fraktionsgemeinschaft zwischen Bayerischer Volkspartei und Zentrum.

Der Streit um Erzberger.

Eutin, 10. Juni. Der Streit um Erzberger war Gegenstand einer Besprechung in der Stuttgarter Zentrumspartei. Wie das Organ des Zentrums, die „Deutsche Volksblatt“, berichtet, führte dabei Ministerialrat Buder u. a. aus: Es ist bedauerlich, daß in Stuttgart Erzberger eine so große Bedeutung hat annehmen können. Die Zentrumspartei der persönlichen Gegensatz gegen Erzberger eine so große Bedeutung hat annehmen können. Daß die Wähler sich für Erzberger entschieden haben, das ist nicht mehr gegen ihn Stellung genommen werden. Wir haben anderen haben zu schweigen und sich zu fügen. Wir haben auch den Bayern oder Rheinländern nicht vorgeschrieben, wen sie wählen dürfen. Wer will und Schwaben vorziehen, wenn wir unser Vertrauen ihnen. Wenn wir Erzberger wählen, da ist der Fall erledigt. Dann muß die Fraktion ihn aufnehmen.